

**Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
30. April 2005 in Wolfsburg**

Antrag/Thema: Wehr – und Zivildienst	Nr.: B 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bundespolitik	

„Wehr- und Zivildienst oder Berufs- und Freiwilligenarmee?“

1. Die Mitglieder im SPD-Bezirk Braunschweig haben sich im Rahmen einer Mitgliederbefragung für die Beibehaltung der Wehrpflicht und damit auch für den Erhalt des Zivildienstes ausgesprochen. Um mehr Wehrgerechtigkeit zu erreichen, wollen die SPD-Mitglieder im Bezirk Braunschweig zugleich den Zivildienst durch die Einführung eines „Sozialen Pflichtjahres“ für Frauen und Männer ergänzen.
2. Der SPD-Bezirksparteitag nimmt dieses Ergebnis der Mitgliederbefragung zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst zur Kenntnis. Die Delegierten des Bezirks Braunschweig auf dem SPD-Bundesparteitag werden aufgefordert, diese Entscheidung der Mitgliederbefragung bei ihrem Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Begründung:

Im Zeitraum vom November 2004 bis April 2005 wurde im SPD Bezirk Braunschweig eine Mitgliederbefragung zu dem Thema: **„Wehr- und Zivildienst oder Berufs- und Freiwilligenarmee?“** durchgeführt. In mehr als 100 Versammlungen, Tagungen und Konferenzen wurden die Pro- und Contra- Argumente zum Thema referiert und diskutiert. Bis zum Stichtag konnten sich 9271 Mitglieder (62 % der Mitglieder im Bezirk) an der Befragung beteiligen. Davon haben 2202 Mitglieder an der Befragung teilgenommen, das entspricht knapp 25 %.

In dem umfangreichen Material für die Befragung wurden den Ortsvereinen Pro- und Contra – Argumente zum Thema und eine Referentenliste zur Verfügung gestellt. Es wurde auch eindeutig darauf hingewiesen, dass das Ergebnis Grundlage für einen entsprechenden Leitantrag zum Bezirksparteitag sein wird.

Für den Erhalt des Wehrdienstes haben sich 1277 Mitglieder, also 58 % ausgesprochen. Für die Einführung einer Berufs- oder Freiwilligenarmee votierten 936 Mitglieder, also 42 %.

Von 2202 abgegeben Stimmen haben sich 66 % für ein soziales Pflichtjahr ausgesprochen. Davon wiederum wollen 56 % das soziale Pflichtjahr für Frauen und Männer einführen.

8 % wollen das soziale Pflichtjahr nur für Männer einführen.

Gegen ein Pflichtjahr und für die Stärkung des freiwilligen, sozialen Jahres sprachen sich 23 %, aus.

Wesentliche Ergebnisse der Befragung sind das klare Votum für den Erhalt der Wehrpflicht und des Zivildienstes und für die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für Frauen und Männer. Sie finden sich im Beschlussvorschlag wieder und sollen Richtschnur für das Abstimmungsverhalten der Delegierten des SPD Bezirks Braunschweig beim Bundesparteitag sein.

Angenommen()

Abgelehnt ()

Erledigt durch _____